

Eine grundsätzlich andere Haltung vertritt Hanns Engelhardt in den „Lutherischen Monatsheften“. Er beanstandet die oberflächliche Argumentation, die sich nur an die Gefühle wendet und zugleich versucht, evangelische und römisch-katholische Kirche gegeneinander auszuspielen, wozu eine gewisse Unsicherheit in evangelischen Kreisen Vorschub leiste. Es handele sich aber bei der Freigabe der „ethischen Indikation“ nur um einzelne Theologen, die sich fragen lassen müßten, ob sie sich der anthropologischen und dogmatischen Konsequenzen voll bewußt sind. Bisher bestand in der evangelischen Theologie Einmütigkeit darüber, daß auch das Kind im Mutterleibe bereits Mensch ist und dem Schutz des Fünften Gebotes untersteht. Die eugenische Indikation, neuerdings wegen der „Contergan-Kinder“ viel erörtert, sei noch einigermaßen ehrenhaft, aber sie erinnere an die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ eines vergangenen Regimes. Das gelte aber genauso für die „Vergewaltigungsindikation“, die nicht vom Wohl des Kindes, sondern von der Menschenwürde der Mutter her argumentiert. Angesichts dieser sich ausbreitenden Unklarheit möchten die lutherischen Bischöfe, wie oben erwähnt, eingreifen.

Bemerkenswert sind die ergänzenden Argumente gegen die Zulassung der ethischen Indikation. Sie haben auch einen verfassungsrechtlichen Aspekt, weil sie das im Grundgesetz gewährleistete Recht auf Leben und körperlich Unversehrtheit trifft (Art. 2 Abs. 2 Satz 1). Erkenne man die uneingeschränkte Zulassung der „ethischen Indikation“ als Verfassungsunrecht, so folge daraus nicht, daß sie strafrechtlich völlig unbeachtlich sein müßte. Es wird lediglich zur Milde gegenüber den Opfern verabscheuungswürdiger Verbrechen geraten, und im neuen Strafrecht sollte ein Platz für diesen Strafmilderungsgrund geschaffen werden. Die Entscheidung darüber läge nicht bei kirchlichen Instanzen, sondern beim Gesetzgeber. „Die Kirche hat aber dem Staat und seinen Organen das Gesetz Gottes zu verkündigen, das Geltung für Christen und Heiden beansprucht. Sie hat außerdem die Gewissen zu schärfen bei allen Christen, die als Staatsbürger, Beamte, Abgeordnete und Richter mit diesen Grenzfragen von Recht und Ethik konfrontiert werden.“

## Aus der totalitären Welt

**Schul- und Erziehungsprobleme in der „DDR“** Vom 3. bis 5. Juni 1961 tagte der VI. Pädagogische Kongreß der „DDR“ (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 503 ff.). Seitdem sind eineinhalb Jahre vergangen, und es lohnt zu untersuchen, ob die damals aufgezeigten Mängel in der Zwischenzeit überwunden worden sind bzw. ob zumindest eine Verbesserung eingetreten ist.

Unzweifelhaft gab es im vergangenen Jahr Anstrengungen der SED, der kommunistischen Schulbehörden sowie der Lehrer, die Mißstände im Schulwesen abzustellen und nach einem höheren Unterrichtsniveau zu streben. Dennoch mußten jetzt leitende Parteifunktionäre und auch der Minister für Volksbildung gestehen, daß kaum Fortschritte erzielt wurden.

### *Absinken der schulischen Leistungen*

Auf der Bezirksdelegierten-Konferenz der SED in Berlin sah sich der Erste Bezirkssekretär und Kandidat des Politbüros, Paul Verner, genötigt, folgendes zu bemerken:

„Ein weiteres wichtiges Problem ist die politische und fachliche Qualifizierung der Lehrkräfte und des Unterrichts in den Hauptfächern. Zur Zeit können die Ergebnisse in Deutsch, Mathematik und Russisch keinesfalls befriedigen. Es ist doch ein ernstes Signal, wenn von 6113 Schülern der 9. und 10. Klassen 2246 zur Zeit im Fach Mathematik in ihren Leistungen auf den Noten 4 oder sogar 5 stehen. Legt man die Halbjahreszeugnisse zugrunde, so sind von den Schülern der 9. und 10. Klassen 721 versetzungsgefährdet. Dabei zeigte die Mathematik-Olympiade, daß das Interesse an diesem Fach groß ist. 27 000 Berliner Schüler beteiligten sich daran. Im DDR-Ausscheid zur Mathematik-Olympiade ging die Berliner Mannschaft sogar als Sieger hervor.

Die Verbesserung des Unterrichts in den Hauptfächern setzt also voraus, daß jeder Lehrer verpflichtet ist, an seiner Weiterbildung zu arbeiten. Wir sind uns klar darüber, daß das manchmal schwierig ist, weil viele Lehrer zur Zeit noch sehr überlastet sind. Unsere Schuldirektoren und Lehrer brauchen weniger papierne Weisungen, aber dafür mehr politische und fachliche Hilfe, qualifizierte Weiterbildungsmöglichkeiten, regen Erfahrungsaustausch und schöpferischen wissenschaftlichen Meinungsstreit“ (Neues Deutschland, 14. 6. 62, S. 4).

Die wirklichen Ursachen für das Absinken der Leistungen werden von Verner natürlich nicht erwähnt. Es liegt weniger am mangelnden Interesse der Lehrer an ihrer Weiterbildung, sondern vor allem an den stets steigenden politischen Anforderungen an die Lehrer und Schüler. Nach dem 13. August 1961 mußte auf Weisung der Partei die politische Aktivität in den Schulen gesteigert werden. Die Partei forderte, daß alle Lehrer als „sozialistische Erzieher“ auftreten und vor allem „die politischen Grundfragen“ im Unterricht allseitig erläutern sollen. Die außerschulischen Belastungen, wie Ernteeinsätze, Aufbauarbeit, Versammlungsbesuch, militärische Ausbildung, nahmen für Lehrer und Schüler erheblich zu. An zahlreichen Schulen wurden „Kritikkampagnen“ gegen Lehrer geführt, die man als bloße Fachlehrer bzw. als reine Wissensvermittler bezeichnete.

Das Mitglied des Büros der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED Hans Buchholz erklärte vor den Direktoren der erweiterten Oberschulen seines Bezirks:

„Einer der ernstesten Mängel ist noch immer die fehlerhafte Fachlehrer-Ideologie, die eine bewußte, parteilich fundierte Erziehung verneint und sich auf bloße Wissensvermittlung beschränken will.

„Dafür ist in unseren Schulen kein Zöllbreit Platz“, sagte Genosse Buchholz. „Wir verlangen von jedem Lehrer, daß er als Funktionär unseres Staates im Unterricht und im persönlichen Leben konsequent die Politik von Partei und Regierung vertritt. Darum muß bei jedem Lehrer Klarheit geschaffen werden, daß seine Aufgabe eine Einheit von Wissensvermittlung und Erziehung ist. Wer meint, daß die politische Erziehung allein im Staatsbürgerkundeunterricht vor sich geht, der Fachunterricht aber ‚unpolitisch‘ sein dürfe, dessen schädlichen Neutralismus werden wir unnachgiebig überwinden“...“ (Neuer Tag [Organ der Bezirksleitung Frankfurt/Oder der SED], 5. 1. 62).

Der Vorsitzende der gleichgeschalteten Liberal-Demokratischen Partei und Stellvertretende Ministerpräsident, Dr. Max Suhrbier, erklärte auf der 9. Tagung des Zentralvorstandes der LDP:

„Die Hauptsache ist, daß der Lehrer offen für unseren Staat Partei ergreift, und zwar sowohl im Unterricht als auch im öffentlichen Leben, und daß er seinen Unterricht auf der Grundlage der modernsten Erkenntnisse der Wissenschaft und Gesellschaft erteilt“ (Der Morgen [Organ der Liberal-Demokratischen Partei, Bezirksausgabe Potsdam], 29. 12. 61).

Welches Niveau der vom Geist extremer Parteilichkeit durchdrungene Unterricht erreicht und welchen Witz dabei einzelne Lehrer entfalten, darüber gibt nachfolgendes Beispiel Aufschluß. In diesem Fall sah sich sogar der

Bezirkssekretär der SED in Leipzig, Hans Lauter, zur Kritik veranlaßt.

„Jetzt stellt sich z. B. an einigen Schulen heraus, daß es Menschen gibt, deren Bewußtsein gegenüber der veränderten Lage zurückgeblieben ist. Da gibt es einen Zeichenlehrer, der lehrt die Schüler Schmetterlinge malen, imperialistische Schmetterlinge dunkel und mit Hakenkreuz, sozialistische Schmetterlinge hell, freudig und optimistisch. Wer soll nun feststellen, was im Kopf dieses Lehrers vorgeht? Das noch dazu an einer Schule, die in vieler Hinsicht hervorragende Ergebnisse gezeigt hat, an jener Schule, an der sich viele Eltern bereit erklärten, einen Russischlehrgang mitzumachen.

Erscheinungen dieser Art gibt es viele. Wie kann man aus dieser Lage herauskommen? Nur dadurch, daß die politische Erziehungsarbeit, das Niveau der Parteiarbeit an den Schulen erhöht wird“ (Neues Deutschland, 21. 12. 61).

Eine weitere Ursache für das Absinken des Leistungsniveaus an den mitteldeutschen Schulen besteht darin, daß die Säuberung der Lehrerkollegien von allen Fachlehrern, die sich widersetzen, „sozialistische Erzieher“ zu werden, sich erst jetzt auswirkt. Dazu kommen die Lücken, die die Flucht vieler Lehrer hinterlassen hat. Verglichen mit früheren Äußerungen der Parteifunktionäre zu Fragen von Schule und Erziehung, bedeuten die jüngsten Kundgebungen einen Rückschritt.

Am 22. November 1960 beschlossen das SED-Politbüro und der Ministerrat der „DDR“, die „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ für die Lehrer erheblich zu beschränken. Die Durchführung eines qualifizierten Unterrichtes wurde als die *vorrangige* gesellschaftliche Arbeit des Lehrers bezeichnet. Damals wurde sogar festgelegt, daß der Lehrer selbst entscheiden könne, ob er neben seinen Lehrverpflichtungen noch außerhalb des Unterrichtes gesellschaftlich tätig sein wolle (vgl. „Neues Deutschland“, 7. 12. 60, S. 4). Der damalige relativ einsichtige Beschluß war das Ergebnis der Fluchtbewegung der Lehrer und stellte eine Konzession der SED-Führung dar. Jetzt wird dieser Beschluß ignoriert, obwohl er noch formell gültig ist.

Paul Verner stellt den Ostberliner Lehrern jetzt folgende Aufgaben:

„Im Mittelpunkt der Tätigkeit unserer Volksbildung steht die Aufgabe, an den Berliner Oberschulen hohe Lern- und Erziehungsergebnisse zu erreichen, den Schülern die sozialistische Weltanschauung und ihre moralischen Prinzipien lebensnah zu vermitteln und den polytechnischen Unterricht so weiterzuentwickeln, daß er die Schüler auf die hauptsächlichsten Industriezweige unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung in Berlin orientiert. Das sind vor allem die Elektro-, Maschinenbau- und Bauindustrie, die Konfektion, in gewissem Umfange die Chemie und gewisse Zweige der Landwirtschaft“ (Neues Deutschland, 14. 6. 62, S. 4).

Diese Forderung enthält kaum Neues. Das Bekenntnis zum dialektischen Materialismus wird erneut bekräftigt. Lediglich die schwerpunktmäßige Orientierung auf die in Ost-Berlin dominierenden Industriezweige ist neu. Verner wendet sich damit gegen den unproduktiven polytechnischen Unterricht zugunsten der Landwirtschaft, der den Unterricht durch Zeitverluste (An- und Abfahrten der Schüler auf die Bauernhöfe in der Umgebung Berlins) belastet.

#### *Der Mißerfolg der „gesellschaftlichen Erziehung“*

Wenn schon der polytechnische Unterricht nicht dazu geeignet war, das Unterrichtsniveau zu heben, hat er dann wenigstens auf dem Gebiet der „sozialistischen Erziehung“ nennenswerte Erfolge aufzuweisen? Auch diese Frage muß man verneinen, wenn man die entsprechenden Äußerungen der kommunistischen Presse hört.

Am 30. Mai 1962 veröffentlichte das Zentralorgan der

SED, „Neues Deutschland“, unter der bezeichnenden Überschrift „Scheuen die Abiturienten schmutzige Hände?“ einen Beitrag des stellvertretenden Parteisekretärs der Klement-Gottwald-Oberschule in Berlin-Schöne-weide, Peter Ranno. Ranno bemerkte u. a.:

„Bekannt ist, daß der Weg zu einer Hoch- oder Fachschule über einen praktischen Beruf führt. Entsprechend diesem Grundsatz wurden den Schülern der 12. Klassen die verschiedensten Berufe und Möglichkeiten in vielen Aussprachen von Fachkräften erläutert. Aber die Schüler wollten keine praktischen Berufe ergreifen. Viele glaubten, das Abitur sei ein Privileg aufs Studium. Von rund 76 Abiturienten wollen nur 6 die berufliche Grundausbildung im Reichsbahn-Ausbesserungswerk beenden und nur 22 Prozent überhaupt in die Produktion gehen. Die übrigen haben sich die Hacken abgelaufen nach Stellen wie medizinisch-technische Assistentin (weißer Kittel — Perspektive Arztheirat), Reisebürokaufmann, Luftverkehrskaufmann, Deutscher Innen- und Außenhandel und ähnliche Berufe. Wenn also ein Teil unserer Schüler (vorwiegend Mädchen) die körperliche Arbeit scheut, dann haben wir einen wichtigen Erziehungsauftrag nicht erfüllt.“

Auch andere Presseberichte gestehen offen, daß es trotz des polytechnischen Unterrichts noch nicht gelungen ist, bei den Oberschülern Liebe zur Arbeit zu wecken. Da die Erziehung zur produktiven Tätigkeit im Mittelpunkt der kommunistischen Anstrengungen steht, sind diese Erklärungen ein Eingeständnis des Mißerfolges kommunistischer Pädagogik.

Der Minister für Volksbildung, Prof. Dr. Alfred Lemnitz, sah sich genötigt, auf der Bezirksdelegierten-Konferenz der SED in Berlin u. a. folgende Bemerkungen zu machen:

„Die Diskussion mit den Abiturienten über die Verwirklichung der im Schulgesetz festgelegten Bedingungen, daß der Weg zum Studium über die Berufsausbildung geht, hat uns doch gezeigt, daß wir mit dieser Erziehung zur Liebe zur Arbeit erst ganz am Anfang stehen... Wir müssen ganz offen sagen: gegenwärtig herrscht bei der Mehrzahl der Abiturienten noch die Meinung, daß das Lernen an der erweiterten Oberschule und das Studium an Hochschulen und Universitäten dazu dient, ja direkt privilegiert, nicht in der materiellen Produktion arbeiten zu müssen. Das äußert sich in solchen Auffassungen wie: wenn ich doch in die Produktion muß, brauche ich kein Abitur oder brauche ich mich für das Abitur nicht besonders anzustrengen“ (Berliner Zeitung, 16. 6. 62, S. 3).

Die Fragen der Schüler: Brauche ich das Abitur?, Lohnt es, die erweiterte Oberschule zu besuchen? kamen deshalb auf, weil jetzt die meisten Abiturienten zuerst einen Beruf erlernen sollen. Die SED-Führung wünscht, daß sich der Abiturient in der „sozialistischen Produktion“ als Lehrling und Facharbeiter erst politisch bewährt, bevor ihn „sein Betrieb“ zum Studium delegiert. Durch diese Maßnahme will die SED eine bessere Voraussetzung für eine „sozialistische Intelligenz“ schaffen. Sie wurde aber auch deshalb notwendig, weil die Universitäten schon seit Jahren nicht mehr imstande sind, den wachsenden Strom der Studienbewerber aufzunehmen. Das System der Vorimmatrikulation für verschiedene Fakultäten erwies sich als eine unzureichende Schleuse. Zahlenmäßig besteht jetzt folgendes Bild:

„An allen erweiterten Oberschulen der Republik haben in den vergangenen Tagen die Abiturienten ihre Reifeprüfung abgelegt. 36 000 wollten studieren, zur Zeit stehen aber nur 18 000 Studienplätze zur Verfügung. Was machen die übrigen? Es ist ein ernstes Versäumnis, unserer Berufsberatung, daß sie in den letzten Jahren falsche Illusionen erweckte, statt das Grundprinzip unserer marxistischen Erziehungswirtschaft genau zu erläutern“ (Neues Deutschland, 23. 6. 62, S. 4).

Infolge dieser neuen Verhältnisse befürchten nun zahlreiche Oberschüler, daß sie im Betrieb hängenbleiben, wenn sie sich nicht ausreichend „politisch bewähren“.

Unter den Oberschülern und deren Eltern herrscht wegen dieser neuen Konzeption in der Schulpolitik starke Unzufriedenheit. Die SED muß daher versuchen, zu beschwichtigen, ihre Konzeption begründen, um die Widerstände zu brechen. Viele Jugendliche kommen in diesem Punkt zum ersten Male mit dem kommunistischen Staat in einen wirklichen Konflikt, denn der Widerspruch zwischen dem eigenen Berufswunsch und den Vorschriften des Staates und der Partei wird ihnen offenbar, sie fühlen die Einengung ihrer persönlichen Freiheit. Bei zahlreichen Jugendlichen schafft dies Groll, der sich bei einzelnen in Widerstand äußert.

Nach den Grundsätzen der kommunistischen Kaderpolitik sollen nur diejenigen Förderung genießen und zum Studium zugelassen werden, die ihre Ergebenheit gegenüber dem Regime bewiesen haben. Die intellektuelle Befähigung zum Studium wird damit zweitrangig. Praktisch entscheidet in Zukunft der Parteisekretär des Betriebes, wer studieren darf.

Die „schwache ideologische Haltung“ beschränkt sich nicht nur auf die Oberschüler, sondern sie erscheint der Partei auch unter den Schülern der zehnklassigen Schulen weit verbreitet.

Am 18. April 1962 veröffentlichte das „Neue Deutschland“ auf der Feuilletonseite einen Beitrag „An meine 10. Klasse“. In diesem Beitrag werden die Empfindungen einer Lehrerin auf dem Lande geschildert:

„Ich denke heute besonders an jeden einzelnen von euch. Mir ist wie einem Schauspieler vor einer Premiere zumute. Hat das, was ich in meiner täglichen Arbeit getan habe, genügt, um euch zu helfen, eine richtige Entscheidung zu treffen? Denn heute sollt ihr euch entscheiden. Ich kenne die Träume, in denen wir gemeinsam der Zeit vorauseilten. Aber weiß ich genau, wie ihr euch euer zukünftiges Leben vorstellt? Man ist ja schließlich kein Prophet.

Kampfauftrag der FDJ: Jugendliche, die ihr vom Lande seid, die ihr das Land kennt, so wie es kein Stadtkind kennen kann, wollt ihr für euer Land, für eure Gemeinde etwas tun? — Jetzt beweist sich, ob ihr im Unterricht den Satz nicht nur als Schulwissen verarbeitet habt, über den wir so häufig sprachen: Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit. Wir haben sehr offen darüber diskutiert. Ihr wart mit mir einer Meinung: Nicht immer kann man das tun, was man selbst im Augenblick gern möchte. Es gibt Größeres, die Forderungen der Gesellschaft, in der wir leben, die uns täglich die Möglichkeit gibt, so leben zu können, wie wir es für gut halten.

Und jetzt braucht die Gesellschaft euch. Es ist notwendig. Werdet ihr die Freiheit begreifen, euch richtig zu entscheiden? Ich selbst brauche keine Angst zu haben, vor euch zu bestehen. Ich bin Lehrer auf dem Lande und finde dabei nichts Besonderes, aber ich finde es jeden Tag wieder schön, in meinen Schülern das ganze Dorf zu unterrichten. Ich habe euch in den vergangenen Tagen aus meinem Leben erzählt, wie ich Lehrer wurde, welche Schwierigkeiten es gab. Ihr selbst habt erlebt, daß Schwierigkeiten kleiner wurden, wenn man sie nur energisch genug anpackte. Ich ließ euch immer teilnehmen an dem Leben, das täglich um uns war. Ihr wißt also Bescheid, ihr konntet euch selbst ein Urteil bilden.

Aber nun kommt eine Entscheidung auf euch zu. Jetzt müßt ihr einmal zeigen, was ihr wert seid. Denkt ihr an die Helden unserer Literaturstunden? Denkt ihr an unsere Buchlesung über „Neuland unterm Pflug“? Wir waren doch alle begeistert und hatten unsere Vorbilder. Werdet ihr jetzt sagen: Wenn es notwendig ist, einen Beruf in unserer Genossenschaft oder sonstwo auf dem Lande anzunehmen, dann mache ich mit? Ich wünschte, daß einige von euch sagen: „Ich habe mich zwar schon als Laborantin gesehen, aber als Agronomin wird die Chemie für mich auch notwendig sein.“ „Friseurin wollte ich werden! Doch im Kälberstall habe ich mich am Unterrichtstag eigentlich recht wohl gefühlt.“

Ihr alle solltet überprüfen: Gehen meine Träume auch dann in Erfüllung, wenn ich der Notwendigkeit gehorche? Oder bin ich ein kleiner Rechner, ein Spießler, einer von den Typen, die wir in der Literatur belacht und durch unser Lachen verurteilt haben?

Wie also werdet ihr euch entscheiden? — Ich habe Herzklopfen vor dieser Premiere!“

### *Die Jugend will Freiheit*

Die meisten Jugendlichen aus ländlichen Gebieten versuchen der Misere der Kollektivwirtschaft dadurch zu entgehen, daß sie Arbeit in der Stadt und Industrie suchen. Wiederholt mußten im vergangenen Jahr Ulbricht und leitende Jugendfunktionäre die Landjugend beschwören, auf dem Lande zu bleiben.

Die Jugend möchte ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten und nicht bloßes Objekt der kommunistischen Arbeitskräfteplanung sein. Trotz jahrelanger Beeinflussung ist es den kommunistischen Pädagogen meist nicht gelungen, den Schülern echte kommunistische Gesinnung anzuerziehen. Die Jugend lernte wohl die Thesen des Marxismus-Leninismus im Unterricht, aber dennoch versucht sie, in ihrem eigenen Leben nach eigenen Wertvorstellungen zu handeln.

## Die Stimme des Papstes

### Ansprache Johannes' XXIII. zum vierten Jahrestag seiner Krönung

*Am 4. November 1962, dem vierten Jahrestag der Krönung Papst Johannes' XXIII., zelebrierte der Erzbischof von Mailand, Kardinal Montini, in der Peterskirche in Anwesenheit des Papstes und der Konzilsväter und zahlreicher Pilger vor allem aus dem Bistum Mailand ein feierliches Hochamt im ambrosianischen Ritus. Während des feierlichen Gottesdienstes richtete der Papst eine längere Ansprache an die Konzilsväter und die anwesenden Gläubigen. Im einleitenden Teil seiner Ansprache, den der Papst lateinisch vortrug, erklärte er, warum er nicht die ganze Ansprache in Latein halten wolle. Er bat die anwesenden Konzilsväter, die der italienischen Sprache nicht mächtig seien, um Verständnis und begründete den Gebrauch des Italienischen in seiner Ansprache mit dem Hinweis, daß nicht nur die Konzilsväter, sondern auch*

*zahlreiche Pilger in der Konzilsaula anwesend seien, die einer in Latein gehaltenen Ansprache nicht folgen könnten. Wir geben hier den italienischen Teil der Papstansprache in Anlehnung an die Übersetzung der deutschen Sektion des Konzilspresseamtes im Wortlaut wieder. Der italienische Text wurde im „Osservatore Romano“ vom 5./6. November 1962 veröffentlicht.*

Ehrwürdige Brüder, geliebte Söhne!

... Der vierte Jahrestag Unserer Krönung, der durch das Datum des 4. November mit dem Fest des heiligen Karl Borromäus zusammenfällt, wird dieses Jahr eine besondere Ausstrahlungskraft bis zu den äußersten Horizonten der Weltkirche haben.

Der wichtigste und bedeutsamste Grund, der diese außer-